

stellten Theorien, im Lichte auch der neuen Erkenntnisse, schlüssig sind, ihre Prämissen tatsächlich zutreffen (etwa der Monopolisierungsgrad der imperialistischen Ökonomien usw.); ob tatsächlich ein Zusammenhang zwischen Kapital- und Warenexporten und imperialistischer Expansion bestand. Sein Befund ist hier überwiegend negativ, d. h. er weist nach, daß weder theoretisch noch empirisch-imperialistischer Waren- und Kapitalexport konstitutiv für die kapitalistischen Metropolen zur Lösung ihrer Krisen sein mußte bzw. war. Diese Feststellung ist sicherlich nicht ausreichend, da die Notwendigkeit zur imperialistischen Expansion in den Vorstellungen der damaligen Machteliten immerhin subjektiv eine wichtige Rolle gespielt haben könnte, auch wenn es tatsächlich objektiv andere Lösungen gegeben hätte bzw. deren Unbrauchbarkeit sich erst später herausstellte. In einem zweiten Schritt sucht Hampe daher den Ursachen imperialistischer Politik nachzugehen, so wie sie sich aus dem politischen Prozeß in zwei Ländern (Großbritannien, Deutschland) eruieren lassen. Auch hier kommt er – in Anlehnung und in der Auseinandersetzung mit neueren Deutungsversuchen (u. a. Robinson/Gallager, Platt für GB, Wehler für Bismarck-Deutschland) – zu einem wesentlich vielschichtigeren Ergebnis, als es die ökonomischen Imperialismustheorien anzubieten vermögen. Ihr Aussagewert ist daher für ihn eher geeignet, „die realen Strukturen der politisch-ökonomischen Prozesse mehr zu verdunkeln als zu erhellen“.

Seine Argumentation wie seine Belege sind dabei weitgehend überzeugend. Über seine eigenen Interpretationen muß man allerdings wohl noch weiter nachdenken, so etwa über seine These des „defensiven Charakters“ des britischen Imperialismus, der von den Entwicklungsprozessen und Ereignissen außerhalb Großbritanniens ausgelöst worden sei (S. 263). Die Ursachen für die wilhelminische Weltpolitik faßt er wie folgt zusammen: „Versteht man demnach das ‚gemeinsame‘ Interesse der ‚staatstragenden‘ Kräfte am Imperialismus nicht zuletzt als einen Pseudo-Konsens, dessen konstitutives Element nicht etwa eine geistige Gemeinsamkeit war, sondern vielmehr gerade der Mangel einer solchen, nämlich die Angst vor der sozialen Disintegration, und versteht man den Umschlag dieser Angst in den Willen zur nationalen Macht wiederum als Folge akuter oder drohender individueller Status- und Rollenkrisen, so kommt man offensichtlich näher an die Hintergründe der imperialistischen Gesinnung der ‚nationalen‘ deutschen Gesellschaftsschichten heran, als auf der Argumentationsbasis der ‚ökonomischen Imperialismustheorie‘.“ (S. 339). Ein wichtiger Beitrag zur Diskussion über das Imperialismusphänomen.

Rolf Hanisch

URSEL CLAUSEN

Der Konflikt um die Westsahara

Arbeiten aus dem Institut für Afrikakunde

Nr. 16, Hamburg, 1978, 224 S., DM 20,-

Über den Konflikt um die westliche Sahara – den neben dem Horn und dem Süden des Kontinents gegenwärtig bedeutsamsten Krisenherd Afrikas – ist in den letzten drei Jahren eine große Zahl von Publikationen erschienen, kommt ihm doch unter verschiedenen Aspekten eine Schlüsselstellung, vielleicht auch Präzedenzwirkung, für die künftige Entwicklung des afrikanischen politischen Geschehens zu: Die Stichworte Selbstbestimmung, Neuordnung kolonialer Grenzen, Subversion, Nichteinmischung, Blockfreiheit, Neo-Kolonialismus, Rohstoffpolitik seien aufgezählt. Ursel Clausens Studie, die aus ca. 140 Seiten Text sowie einer Dokumentensammlung und einer teilweise kommentierten Bibliographie besteht, versucht die Diskussion um das Schicksal der Saharouis und die in der westlichen Sahara be-

legenen Phosphate durch die Erläuterung der geo- und demographischen, historischen und ökonomischen Rahmenbedingungen (ca. 30 S.) und ein informatives Referat der politischen Entwicklung in dem Gebiet seit der Unabhängigkeit Marokkos (1956), deren Schwerpunkt naturgemäß auf der Zeit nach 1974 liegt, als der Internationale Gerichtshof auf Ersuchen der Generalversammlung der Vereinten Nationen ein Rechtsgutachten erstellte, das völkerrechtliche Ansprüche Marokkos und Mauretanien auf die spanische Kolonie verneinte. Neben der Politik der Hauptakteure Marokko, Mauretanien, Algerien, Spanien, Vereinte Nationen, Organisation der afrikanischen Einheit (auch: Libyens, Frankreichs, der Vereinigten Staaten, der Sowjetunion) schildert die Verfasserin Ziele und Kampf der Frente Popular de Liberación de Saguia El Hamra y Rio de Oro (POLISARIO); über die Formen demokratischer Selbstverwaltung – praktiziert bislang in Flüchtlingslagern auf algerischem Staatsgebiet, aber auch vorgesehen als Modell für eine künftige Staatsorganisation im Stammland – würde man gern mehr erfahren.

Kritisch ist anzumerken, daß die Verfasserin es mitunter an Belegen der mitgeteilten Fakten fehlen läßt, etwa bei den Berichten über libysche Einwirkungen auf Burundi und Ruanda, die 1976 proklamierte Demokratische Volksrepublik Sahara anzuerkennen (S. 75). Das Abstimmungsverhalten der OAU-Mitglieder „bei den letzten Konferenzen“ belegt Clausen nur mit dem Hinweis auf eine Sekundärquelle, die mit der Konferenz von Mauritius im Juli 1976 abschließt, obwohl noch drei weitere Konferenzen im Text behandelt werden. Unge nau ist schließlich auch die Feststellung, „die OAU“ habe 1966 „kurzerhand die Unabhängigkeit der Spanischen Sahara“ gefordert (S. 35). Zum einen stammt die gemeinte Entschließung¹ von dem Ministerrat der Organisation, während die Versammlung der Staats- und Regierungschefs sich diesen Text nicht zu eigen gemacht hat, zum anderen ist dort nicht von der „Unabhängigkeit“ des Territoriums, sondern vor seiner „Befreiung“ die Rede – ein Begriff, der auch den Anschluß an einen schon bestehenden Staat bzw. eine föderale Lösung nicht ausschließt. Dies zeigt sich auch daran, daß „the so-called ‘Spanish Sahara‘“ in der Resolution neben Ifni und Fernando Po steht, also Territorien, für die nicht an Eigenstaatlichkeit gedacht wurde. Der von Clausen vermittelte Eindruck eines dramatischen Wechsels in der Haltung der OAU zu dem Sahara-Problem kann also durch den Hinweis auf diese Resolution nicht gestützt werden.

Nützlich ist der u. a. UNO-Dokumente, das Gutachten des Internationalen Gerichtshofes (in Auszügen), das marokkanisch-mauretanische Teilungsabkommen enthaltende Dokumentenanhang, während das rund 150 Titel umfassende Literaturverzeichnis etwas enttäuscht: Es enthält manche knappe Zeitschriften-Notiz (ist aber auch hier selektiv: die interessanten Kommentare der sowjetischen politischen Journale fehlen), nicht aber wichtige politik- und völkerrechtswissenschaftliche Analysen (insbesondere aus spanischen und US-amerikanischen Periodika).

Philip Kunig

FRED V. GÖRICKE

Revolutionäre Agrarpolitik in Äthiopien

(Sozialwissenschaftlicher Studienkreis für Internationale Probleme (SSIP) e. V., Verlag der SSIP-Schriften, Saarbrücken 1977, 291 S.)

Schon die traditionelle Wirtschaftsgeschichte Äthiopiens (Richard Pankhurst) hatte es schwer, sich mit den facettenartigen Problemen der traditionell-äthiopischen Agrarverfassung systematisch zu befassen. Das wirtschaftsgeschichtliche Standardwerk von Pankhurst befaßt sich selbst relativ ausführlich mit Land Tenure und „Agriculture“ (Economic Hi-

¹ OAU Doc. CM/82/VII.